

An Erich und alle lesenden ArbeiterInnen

Liebe KollegInnen,

mit einigem Erstaunen habe ich Erichs Replik auf Dieter Wegners Bericht zur Lage und Entwicklung des Streiks beim Hamburger Verpackungsmittelhersteller Neupack zur Kenntnis genommen. Besonders erstaunlich ist daran, dass zentrale Versatzstücke der öffentlichen Sprachregelung der IGBCE-Führung unkritisch als Argumente angeführt werden.

1. Die streikenden KollegInnen haben entgegen Erichs Darstellungen wiederholt bei Sitzungen des Soli-Kreises, bei denen sowohl UnterstützerInnen als auch IGBCE-Funktionäre anwesend waren, unwidersprochen dargelegt, dass der Vollstreik Neupack sehr wohl *„entscheidende Auswirkungen auf die Produktion gehabt“* hat.

Just in dem Moment, als dieser ökonomische Druck begann, die Außendarstellung der Eigentümer – alles läuft prima im Betrieb – zum Einsturz zu bringen und die Familie Krüger zum Umdenken zu bewegen, hat die IGBCE-Leitung allerdings die Mär in die Welt gesetzt, der Betrieb werde in den Ruin gestreikt, und den „Flexi-Streik“ aufgenommen (siehe [Streikinfo 36](#)). Dass in der Bundesrepublik noch nie ein Streik zum Bankrott eines Unternehmens geführt hat und dass diese Behauptung auch den Erfahrungen zahlreicher Arbeitskämpfe sowie theoretischen Erkenntnissen widerspricht, wurde unter den Tisch fallen gelassen.

2. Die Streikbrecher aus Polen waren keine Hilfe für die Streikbrecher der Stammebelegschaft. Denn die polnischen KollegInnen haben, ebenfalls laut der Streikenden, sowohl weniger Stückzahlen als auch Waren deutlich schlechterer Qualität produziert, so dass zahlreiche Produkte wieder verschrottet werden mussten. Daher rieten einige der streikenden KollegInnen auch relativ früh dazu, den Vollstreik wieder aufzunehmen, weil durch den „Flexi-Streik“ die geleerten Lager der Krügers durch die „Streikenden“, die zurück an die Arbeit gezwungen wurden, wieder aufgefüllt worden sind. Außerdem wurde während des „Flexi-Streiks“ die neue Belegschaft im Grunde erst richtig angeleitet.

3. Die Unterstützung der Öffentlichkeit war für einen Arbeitskampf in einem relativ kleinen Familienunternehmen die gesamte Zeit relativ groß. Allerdings spielt der öffentliche Druck bei einem Arbeitskampf in einem privatwirtschaftlichen Betrieb nur eine eingeschränkte Rolle, weil sie die Lebensader der Firma – die ökonomische Rentabilität des Unternehmens – kaum berührt. Es war – und ist – entscheidend, den Neupack-Eigentümern wirtschaftlich zu schaden, damit die Kosten eines Tarifvertrags die Kosten für dessen Vermeidung (professionelle Arbeitskampfberater, professionelle Werbeagentur, Anwälte für die Maßnahmen zur Durchsetzung von Schikanen wie Kündigungen, Abmahnungen usw.) übersteigen. Diese Linie hat die IGBCE nicht konsequent verfolgt und das war und ist der zentrale Fehler in der Auseinandersetzung. Neben der ideologischen Manipulation – die Lüge des Arbeitsplatzverlusts für alle infolge einer Insolvenz des Unternehmens – sorgte insbesondere die Umsetzung der „Flexi-Streik“-Taktik¹ dafür, dass der ökonomische Druck – gerade während der „Verhandlungen“² gemildert worden ist.

4. Ob die Mitglieder der IGBCE über die Lage der arbeitenden Klassen in der Bundesrepublik im Bilde sind oder nicht, ist zwar eine politisch wie theoretisch interessante und zentrale Frage. Sie ist aber für die Unterstützung des Streiks vor Ort derzeit zweitrangig. Denn am Morgen, als die Neupack-KollegInnen wieder in den Betrieb ans Fließband geschickt wurden, war die IGBCE und

¹ Die „Umsetzung“ der Taktik ist deswegen entscheidend, weil auch der „Flexi-Streik“ ein wirksames Instrument im Arbeitskampf sein kann. (Vgl. z.B. die Ausführung in [dieser Broschüre](#).) Die IGBCE hat aber von Beginn an auf die verschiedenen Optionen einer flexibilisierten Streiktaktik verzichtet.

² Es handelt sich de facto um Diskussionen zwischen Betriebsrat und Firmenleitung, bei denen die IGBCE mit am Tisch sitzt. Nichtsdestotrotz beteuert die Gewerkschaftsführung, dass sie „Verhandlungen“ führe.

der DGB Hamburg dazu in der Lage, eine große Zahl seiner Mitglieder am frühen Morgen vor die Werkstore zu mobilisieren. (Vgl. [Streikinfo 27.](#))

Nichts dergleichen hat vorher oder nachher nochmal stattgefunden, obwohl im Soli-Kreis durchaus von KollegInnen gefordert wurde und es offensichtlich möglich gewesen wäre. Stattdessen haben sich z.B. die DGB-Vorsitzenden von Nord und Hamburg, Uwe Polkaehn und Uwe Grund, an die „ehrbaren hanseatischen Kaufmänner“ [appelliert](#), den „Manchester-Kapitalismus“ bei Neupack zu ächten und sich für eine „sozialpartnerschaftliche Lösung des Konflikts“ einzusetzen. Auch mehrmalige Initiativen, mit den Betriebsräten von Zuliefer- und Abnehmerbetrieben von Kollegen zu Kollegen in Kontakt zu treten, wurden von den IGBCE-Funktionären abgebügelt.

D.h. die IGBCE-Führung hat nicht einmal den Versuch unternommen, von einer sozialpartnerschaftlichen Strategie nur einen Millimeter abzurücken und eine „klassenkämpferische“ Linie zu verfolgen. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Streikenden bei Neupack sind vor allem deshalb allein geblieben, weil nicht einmal die Mitglieder der IGBCE zum aktiven Kampf mobilisiert worden sind. Ein Tausendstel der IGBCE-Mitglieder, das regelmäßig bei Schichtbeginn vor den Toren der Werke gewesen wäre, hätte durchaus aus dem Arbeitskampf ein Politikum machen können – wenn man es denn gewollt hätte. Auf die Frage, warum die IGBCE-Führung denn nichts in diese Richtung *tue*, wurde gebetsmühlenartig vor Ort verkündet, dass man in der IGBCE in ganz Deutschland bei Sitzungen, Konferenzen usw. *rede*.

6. Wenn du, Erich, noch heute Aufklärung über den Gegner, d.h. die Neupack-Eigentümer, die Despotie im Betrieb und dergleichen bedarf, wirf einfach einen Blick auf die Internetseiten des [Soli-Kreises](#), des [IGBCE-Bezirks Hamburg/Harburg](#), in die zahlreichen Medienberichte, die nahezu täglich erscheinen, oder in den [Flyer, den der Soli-Kreis seit Beginn des Streiks zur Aufklärung über den Arbeitskampf überall verteilt](#).

7. Und wenn du dich über das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft informieren möchtest, kann ich dich nur auf das drei Bände starke Schriftstück eines bärtigen alten Mannes verweisen, der sich mit diesem Thema beschäftigt hat. Man sollte sich aber davor hüten, aus der Darstellung des sich durch den Widerspruch von Kapital und Arbeit reproduzierenden offenen Systems der kapitalistischen Produktionsweise irgendwelche objektivistischen Schlüsse zu ziehen, denzufolge die Kapitalisten Hajo und Jens Krüger nichts anderes bei Strafe ihres Untergangs übrig bleibt, als so zu handeln, wie sie handeln. Natürlich können sie nicht individuell aus dem Klassenantagonismus ausbrechen. Trotzdem erlaubt ihnen die Dialektik von gesellschaftlicher Struktur und individueller Handlung mehr als nur die Exekution objektiver Zwangsgesetze, die *sowohl* das Resultat *als auch* Voraussetzung des Kapitalverhältnisses in der kapitalistischen Gesellschaftsformation sind.

8. Schließlich trifft aber eines deiner Argumente aus deinem Schreiben zu: Nicht *die* Gewerkschaft ist unser Gegner, sondern die herrschende Klasse. Allerdings stellt sich unweigerlich die Frage: was ist mit denen, die die unterdrückte Klasse von Klassenkämpfen objektiv abhalten und dem Klassengegner zuarbeiten? Der Arbeitskampf bei Neupack veranschaulicht exemplarisch, dass die sozialdemokratische Gewerkschafts*leitung* davor zurückgeschreckt ist, die Auseinandersetzung zu forcieren, als der politischen Rahmen der sozialdemokratischen Strategie der Sozialpartnerschaft hätte verlassen werden müssen. Das ist angesichts der Geschichte der Sozialdemokratie kaum verwunderlich, lag ihre Hauptaufgabe doch seit 1914 genau darin, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, wenn zu viel Druck im Kessel ist. Da die sozialdemokratischen Politiker aber nun einmal nicht nur Regierungs-, sondern auch Gewerkschaftsapparate besetzen, ist eine doppelte Frontstellung in konkreten Arbeitskämpfen kaum zu vermeiden. Nicht gegen die Gewerkschaft, sondern die sozialdemokratischen Gewerkschafts*führungen* und ihre Strategie der Sozialpartnerschaft richtet sich die Kritik, weil sie für die zeitlich begrenzte falsche Versöhnung antagonistischer Interessen zu Ungunsten der KollegInnen sorgt, statt für die Interessen der arbeitenden KollegInnen im Kampf

Recht gegen Recht durchzusetzen.

Christian